

SOZIAL

STAATS

RADAR

2026



sozialstaatsradar 2026

Zentrale Ergebnisse

In der öffentlichen Debatte wird der Sozialstaat häufig als überholt dargestellt: Angeblich ist er in weiten Teilen ineffizient, zu teuer und schränkt eigenverantwortliches Handeln unnötig ein. Dieser Diskurs über mehr Eigenvorsorge spiegelt jedoch nicht die Präferenzen der Bevölkerung wider. Die Ergebnisse des zweiten **sozialstaatsradars** machen deutlich: Der Wunsch nach einem starken Sozialstaat ist größer denn je – wenn er funktioniert.

- 1. Die Bevölkerung ist sozialstaatlicher als der politische Diskurs – Große Mehrheiten unterstützen solidarische Sicherungssysteme und lehnen eine stärkere Privatisierung sozialer Risiken ab:**
 - 77 % wollen eine verpflichtende gemeinsame Rentenversicherung für alle Erwerbstätigen (50 %) bzw. für alle unabhängig vom Erwerbsstatus (27 %)
 - rund 60 % sprechen sich dafür aus, private Zuzahlungen im Pflegefall zu deckeln oder ganz abzuschaffen
 - ebenfalls rund 60 % wollen, dass mindestens acht Zehntel der Alterssicherung erfolgen, ohne dass man sich selbst darum kümmern muss. Dabei möchte knapp ein Drittel sogar eine komplett automatische Alterssicherung
 - durchschnittlich gewünschte Nettoersatzrate bei der Rente (gemessen am letzten Einkommen): 71,1 % – also ein mit Blick auf Finanzierbarkeit, Historie und Sozialleistungen in vergleichbaren Ländern keineswegs überzogener Anspruch
- 2. Sicherheit ist wichtiger als reine Kostendebatten – Beschäftigte sind bereit, höhere Beiträge zu zahlen, wenn stabile Leistungen garantiert sind. Offensichtlich ist den Menschen sehr wohl bewusst: Gute Leistungen kosten gutes Geld:**
 - ca. 75 % der Beschäftigten wären bereit, höhere Beiträge zu zahlen, um Renten zu sichern
 - 62 % akzeptieren höhere Rentenbeiträge, wenn das Niveau stabil bleibt
 - weitere 12 % würden sogar deutlich mehr zahlen, wenn sich Leistungen verbessern
 - auch bei der Gesundheitsversorgung gibt es eine große Bereitschaft zu notfalls höheren Beiträgen – allerdings muss dieses System zunächst deutlich effizienter werden
- 3. Generationenkonflikt bei der Rente existiert nicht – auch Jüngere wollen gesetzliche Rente:**
 - überwältigende Bereitschaft zu höheren Beiträgen auch bei Beschäftigten unter 50 Jahren, deren Rentenbeginn oft noch in weiter Ferne liegt
 - größte Bereitschaft zu sogar deutlich höheren Beiträgen unter Beschäftigten unter 30 Jahren: 17 %
- 4. Massive Unterstützung für Bürgerversicherung:**
 - fast 80 % unterstützen ein gemeinsames System für Gesundheit und Pflege
 - selbst Mehrheit der Privatversicherten ist dafür
- 5. Debatte um das Rentenalter geht an der Lebensrealität vorbei:**
 - 57 % glauben, ihren Job höchstens bis 65 ausüben zu können
 - 74 % lehnen eine automatische Erhöhung der Regelaltersgrenze ab, selbst wenn die Lebenserwartung weiter steigt

Diese Ergebnisse des **sozialstaatsradars 2026** sind ein klarer Auftrag, den Sozialstaat im Sinne der Menschen zu erhalten und weiterzuentwickeln. Klar ist:

- **Der demografische Wandel darf kein Vorwand für Kürzungen sein. Aufgabe der Sozialpolitik ist und bleibt eine nachhaltig gute Absicherung.**
- **Der Sozialstaat scheitert nicht am Geld, sondern am fehlenden politischen Mut zu verlässlich guten Leistungen.**
- **Wer Sicherheit will, muss sie gerecht finanzieren – auch Unternehmen stehen in der Verantwortung.**
- **Jetzt zählen politischer Wille und tatsächliche Veränderungen im Sinne der Menschen. Daran werden sie Reformen messen.**

Über die Befragung

Das **sozialstaatsradar** ist eine gemeinsame Befragung der Arbeitskammer des Saarlandes, der Arbeitnehmerkammer Bremen und des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB). Die Befragung erhebt einmal jährlich grundlegende Positionen zum Sozialstaat und den drei großen Feldern Gesundheit, Pflege und Rente. Sie wird anhand einer systematischen Quotenstichprobe durchgeführt, die die Ansichten der Wohnbevölkerung in Deutschland im Alter ab 18 Jahren zuverlässig abbildet. Insgesamt werden 3.000 Personen per Online-Erhebung befragt. Die hier vorgestellten Ergebnisse zum **sozialstaatsradar 2026** basieren auf der zweiten Befragung, die vom 7. bis 20. Januar 2026 vom wissenschaftlichen Dienstleister für empirische Sozialforschung und Evaluation *uzbonn* durchgeführt wurde.

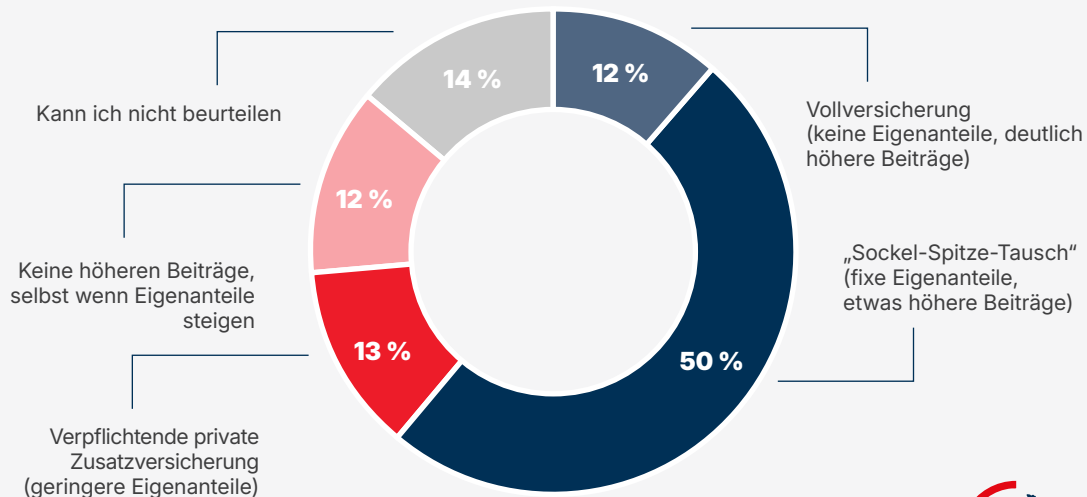
1. Staat vor privat: Pflegekosten gemeinschaftlich tragen, Alterssicherung automatisch organisieren

Gegner*innen und Skeptiker*innen eines starken Sozialstaats sprechen sich seit Jahren für einen deutlich höheren Anteil persönlicher Vorsorge aus, beispielsweise in Form individueller Renten- und Pflegeversicherungen. Der Weg über den privaten Markt ist allerdings problematisch. Vielen Menschen fehlt das Geld dafür, zudem sind die Produkte qualitativ oft ungenügend. Und dieser Weg ist auch von der Bevölkerung in Deutschland nicht gewollt: Weitgehend unabhängig von Alter, Einkommen oder auch Parteipräferenz gibt es überwältigende Mehrheiten dafür, sozialen Schutz öffentlich und automatisch zu organisieren und dabei systematisch vorzusorgen, statt individuell und womöglich erst im Ernstfall aktiv werden zu müssen. Dies entspricht dem bewährten Modell entwickelter Sozialstaaten und zeigt sich an zwei konkreten Befragungsergebnissen:

1. Das System der bloßen und viel zu geringen Fixbeträge aus der Pflegeversicherung, das zu explodierenden Eigenanteilen im Pflegefall führt, soll vom Kopf auf die Füße gestellt werden:

- die Hälfte plädiert für den sogenannten „Sockel-Spitze-Tausch“, bei dem die Eigenanteile fix sind und die Versicherung den Rest übernimmt
- besonders hoch fällt dieser Wert unter Anhänger*innen von CDU/CSU (60 %) und SPD (57 %) aus
- weitere 12 % der Befragten sprechen sich für eine Vollversicherung ganz ohne Eigenanteile aus, auch wenn diese mit deutlich höheren Beitragszahlungen verbunden wäre
- die Einführung einer verpflichtenden privaten Zusatzversicherung zur Senkung der Eigenanteile wird dagegen nur von 13 % der Befragten favorisiert

Wie sollte die Pflegeversicherung finanziert werden?



Antworten von gesetzlich Versicherten (Fallzahl: 2.673); Abweichungen zu 100 % sind rundungsbedingt.

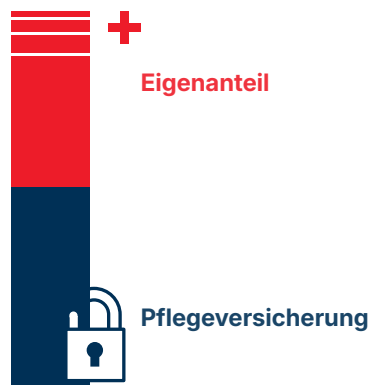


Frage: In den vergangenen Jahren sind die Kosten [in der Pflege] stark gestiegen; unter anderem wegen des demografischen Wandels wird diese Entwicklung voraussichtlich anhalten. Wie sollten die Leistungen des Pflegesystems unter diesen Bedingungen am besten finanziert werden? Bitte bedenken Sie bei Ihrer Antwort: Wenn mehr Aufgaben und Kosten durch die Pflegekassen übernommen werden, muss dies aus höheren Beiträgen finanziert werden.

Sockel-Spitze-Tausch

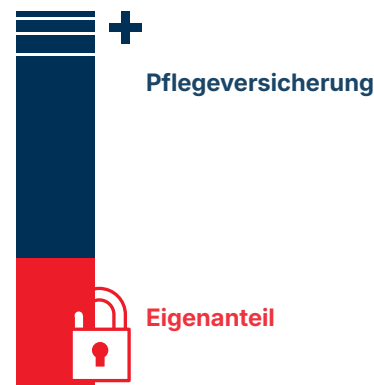
Aktuell:

Pflegeversicherung zahlt fixen Betrag der Pflegekosten*, die restlichen Kosten müssen Pflegebedürftige oder deren Angehörige aufbringen.



Sockel-Spitze-Tausch:

Pflegebedürftige zahlen gedeckelten Eigenanteil, der restliche (höhere) Betrag wird von der Versicherung übernommen.



* Abhängig vom Pflegegrad

2. Ähnliches gilt für die Rente – für 60 % der Befragten sollen mindestens 80 % des für den Ruhestand angestrebten Absicherungslevels automatisch durch verpflichtende Systeme abgesichert werden:

- etwa ein Drittel aller Personen will sogar eine vollständig automatische Alterssicherung, in der beispielsweise gesetzliche und betriebliche Rente den Lebensstandard vollständig sichern und keine private Zusatzvorsorge mehr notwendig ist
- die gegenteilige Position einer mindestens hälftigen „freiwilligen“ Vorsorge ist dementsprechend unbeliebt
- nur etwa ein Fünftel kann dem etwas abgewinnen, und die volle Eigenverantwortung will praktisch niemand

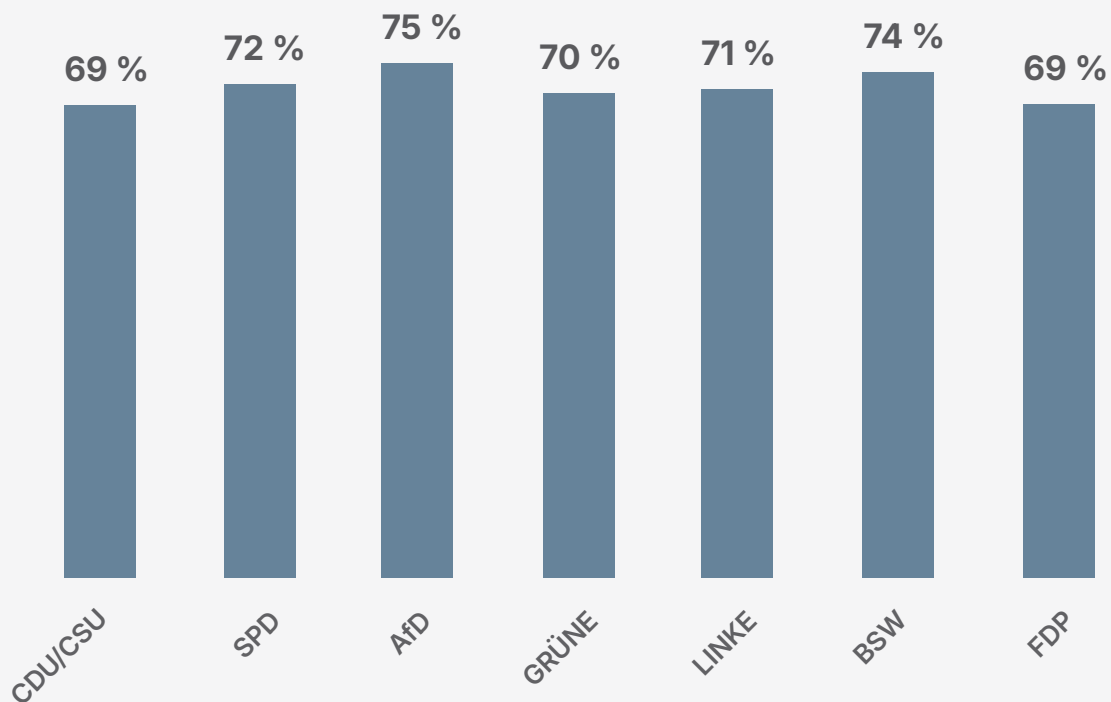
Der politische Auftrag ist damit sehr klar: Gute Leistungen müssen weitestgehend öffentlich erbracht werden. **Die Menschen wollen nicht zu wohlklingender, tatsächlich aber nachteiliger „Eigenverantwortung“ gezwungen werden.** „Freiheit auf dem Markt“ ist für die meisten keine Verheißung. Stattdessen muss das sozialstaatliche Sicherungsversprechen verlässlich aufrechterhalten werden.

2. Lebensstandardsicherung statt bloßer Armutsvermeidung: Klarer Wunsch nach guten Renten

Die von den Bürger*innen geforderte automatische Absicherung im Alter ist nur dann wirklich etwas wert, wenn dadurch ein ausreichendes Leistungsniveau garantiert wird. Die Rentenreformen der letzten Jahrzehnte haben jedoch zu einer deutlichen Absenkung des gesetzlichen Rentenniveaus geführt. Das ursprüngliche Versprechen der Lebensstandardsicherung im Alter wurde ausgehöhlt. Diese negative Entwicklung spiegelt sich in der Wahrnehmung der Bevölkerung wider:

- **fast 50 % beurteilen die Gesamtlage bei der Alterssicherung als schlecht oder sehr schlecht**
- mehr als 25 % glauben, für das Alter persönlich schlecht oder sehr schlecht abgesichert zu sein

Hohe Ersatzrate bei den Renten über Parteigrenzen* hinweg erwünscht



Antworten von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Fallzahl: 1.603).



Frage: Wenn Sie an eine Rente (gemeint sind alle Renten, die man monatlich bekommt, z. B. die gesetzliche Rente und auch Betriebsrente etc.) denken, die den persönlich erarbeiteten Lebensstandard sichert: Was meinen Sie, wie viel Prozent des vorherigen Netto-Einkommens sollte eine Netto-Rente (nach Abzügen) mindestens ausmachen?

** Es wurde abgefragt, welche der folgenden Parteien die Befragten aktuell bei der Wahl zum Bundestag wählen würden.*

**Die hohe Unzufriedenheit erklärt sich aus den konkreten Leistungserwartungen der Menschen.
Für das Alter erwarten die Bürger*innen eine wirkliche Sicherung ihres Lebensstandards:**

- durchschnittlich wird – bei nur geringen Schwankungen nach Alter und Parteianhängerschaft – **eine Nettoersatzrate von 71,1 % gemessen am letzten Einkommen** für die Rente (inklusive betrieblicher und privater Renten) als angemessen betrachtet
- aktuell liegt dieser Wert bei der gesetzlichen Rente wohlgermerkt bei unter 60 % – allerdings bezogen auf den Durchschnitt eines jahrzehntelangen Arbeitslebens und nicht auf das meist höhere letzte Einkommen
- um den Erwartungen der Menschen gerecht zu werden, ist also eine große Versorgungslücke zu schließen
- betriebliche und/oder private Renten füllen diese Lücke bislang oft nicht

Die Leistungserwartungen der Bürger*innen zeigen sich auch bei der Rentenanpassung. So wollen knapp zwei Drittel der Befragten, dass die Renten weiterhin an die vorherige Lohnentwicklung angepasst werden. Mehrheiten dafür finden sich bei der Anhängerschaft aller Parteien. So sprechen sich 58 % der Unionsanhänger*innen und 68 % der SPD-Anhänger*innen dafür aus. Der Forderung nach einer Entkopplung der Renten von den Löhnen wird eine klare Absage erteilt.

Für die Politik und die aktuelle Rentenkommission lassen sich aus den Ergebnissen klare Arbeitsaufträge ableiten:

1. **Das allgemeine Sicherungsniveau darf nicht noch weiter abgesenkt werden.**
2. **Die Renten sollen auch weiterhin mit den Löhnen steigen.**
3. **Statt Debatten über Rentenkürzungen erwarten die Bürger*innen von der Politik endlich Lösungen, wie ein Gesamtsicherungsniveau von mindestens 70 % im Vergleich zum letzten Einkommen gesichert werden kann.**

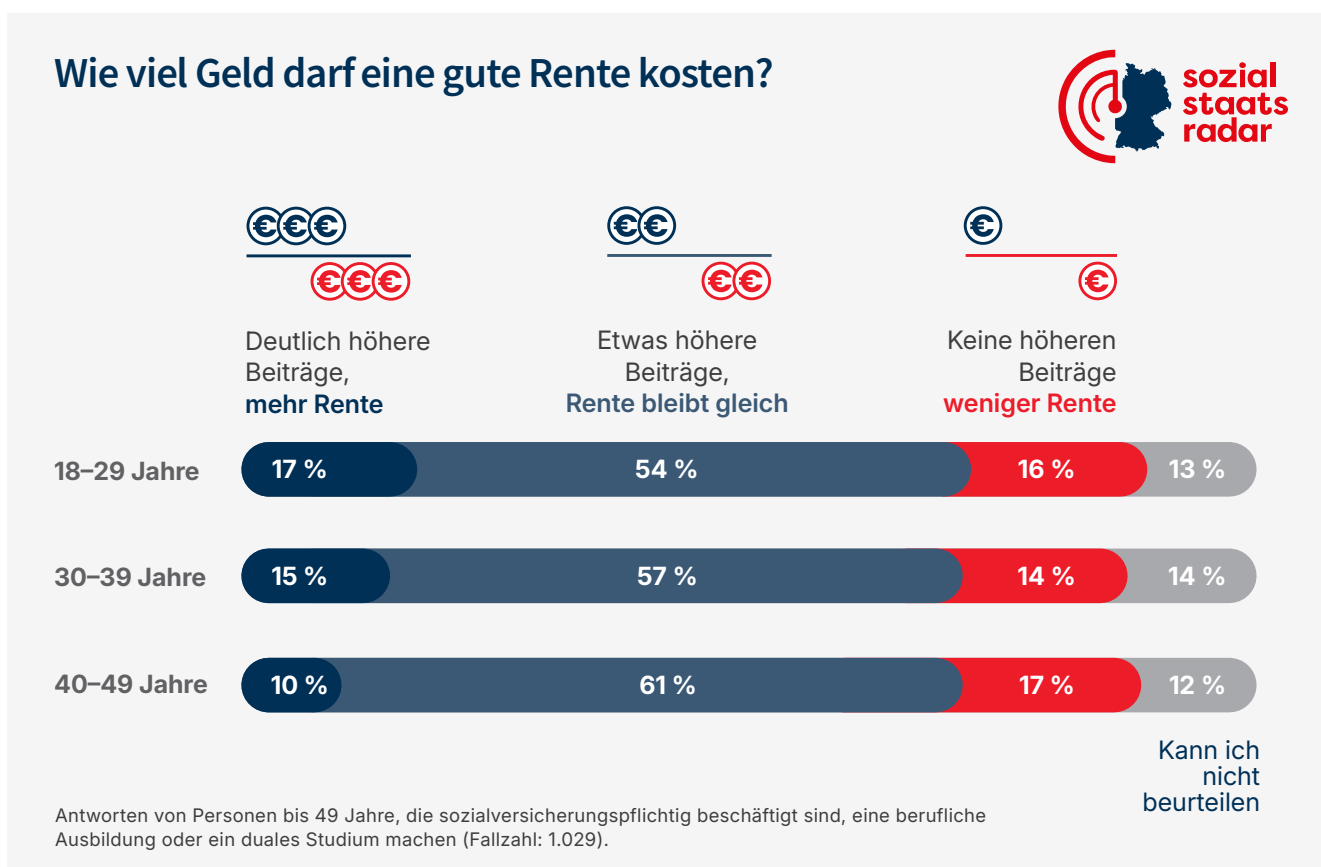
3. Leistungskürzungen vermeiden – dann lieber höhere Beiträge leisten: auch junge Beschäftigte sind bereit, mehr für die Rente zu zahlen

Der gewünschte leistungsstarke Sozialstaat benötigt ausreichend finanzielle Mittel, die in Form von Beiträgen oder Steuern erbracht werden müssen. Den Menschen wird in diesem Zusammenhang häufig unterstellt, zwar eine umfassende soziale Sicherung zu fordern, gleichzeitig aber keinen entsprechenden Beitrag zur Finanzierung dieser Sicherung leisten zu wollen. Die Ergebnisse des **sozialstaatsradars 2026** belegen, dass dies so nicht stimmt:

- den Menschen ist der Preis einer guten staatlichen sozialen Sicherung bewusst
- sie messen ihr einen hohen Wert bei
- vor die Alternative gestellt, die Sozialversicherungen durch höhere Beiträge zu stärken oder Leistungsverschlechterungen hinnehmen zu müssen, spricht sich eine klare Mehrheit für die erste Option aus

Generell sind rund drei Viertel der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bereit, höhere Beiträge für stabile oder wieder bessere Leistungen zu zahlen. Bei der Rente sind 62 % bereit, etwas höhere Beiträge zu zahlen, wenn die Leistungen damit mindestens auf dem heutigen Niveau bleiben. Weitere 12 % würden sogar deutlich höhere Beiträge zahlen, wenn die Renten dadurch höher ausfallen.

Vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Debatten ist ein weiterer Befund besonders interessant: **Auch Beschäftigte unter 50 Jahren, die noch viele Beitragsjahre bis zur Rente vor sich haben, sind mit stabilen, überwältigenden Mehrheiten dazu bereit, höhere Beiträge für gute Leistungen zu zahlen.**



Frage: Der demografische Wandel ist eine Herausforderung für das gesetzliche Rentensystem. Die Menschen werden älter und es gibt mehr Menschen, die Rente bekommen, als dies früher der Fall war. Welcher dieser Maßnahmen können Sie am ehesten zustimmen?

Dies gilt insbesondere für die ganz Jungen: Allen Behauptungen zum Trotz, gerade diese hätten sich innerlich von der gesetzlichen Rente verabschiedet, erklärt sich gut jede*r sechste Arbeitnehmer*in unter 30 Jahren dazu bereit, deutlich höhere Beiträge für eine bessere Alterssicherung zu leisten. Damit lag dieser Wert nicht niedriger, sondern höher als unter allen Befragten. **Von einem rentenpolitischen Generationenkonflikt kann also keine Rede sein.** Dies zeigt sich auch an einem weiteren Ergebnis: Das Gefühl, im Alter gut abgesichert zu sein, wird nicht vom Geburtsjahr, sondern in erster Linie vom Einkommen bestimmt.

Auch für die Gesundheitsversorgung gilt: Leistungen gehen vor Kosten:

- 56 % würden höhere Beiträge zahlen, um die Gesundheitsleistungen mindestens auf dem heutigen Niveau zu halten
- jede*r Fünfte wäre sogar bereit, deutlich höhere Beiträge zu zahlen, wenn die Qualität der Gesundheitsleistungen dadurch verbessert würde

Trotz dieser Bereitschaft gilt es natürlich, unnötige Kostentreiber im Gesundheitssystem in den Griff zu bekommen, ohne dass dies zulasten der Versicherten und ihrer Versorgung geht.

Die politische Botschaft ist klar:

Die häufig vorgebrachten Forderungen nach Leistungskürzungen, um die Beiträge senken zu können, gehen eindeutig an den Wünschen der Menschen vorbei.

4. Gemeinsam stärker: Umfassende Sicherungssysteme für Gesundheit, Pflege und Rente

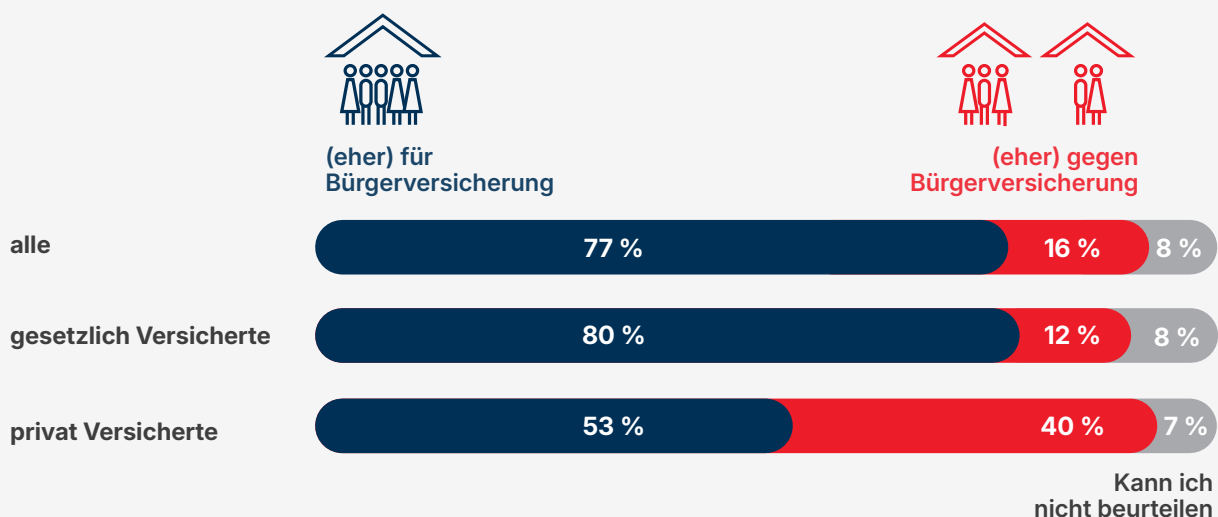
Ein leistungsstarker Sozialstaat bedarf nicht nur ausreichender finanzieller Ressourcen, sondern auch der Akzeptanz der Bürger*innen. Das Vertrauen in den Sozialstaat leidet aber erheblich, wenn seine Teilsysteme als unfair wahrgenommen werden, etwa weil nicht alle Gesellschaftsmitglieder den gleichen Zugang zu bestimmten Leistungen haben.

Vor diesem Hintergrund sind die Ergebnisse des **sozialstaatsradars 2026** zur persönlichen Absicherung im Krankheits- oder Pflegefall alarmierend:

- knapp zwei Drittel der privat Krankenversicherten sehen sich bei Krankheit gut bis sehr gut versorgt; nur 40 % der gesetzlich Versicherten teilen diese Wahrnehmung
- **fast jede*r dritte gesetzlich Versicherte fühlt sich unzureichend bis sehr schlecht abgesichert**
- das gleiche Muster findet sich bei der Pflege: nur jede*r sechste gesetzlich Versicherte (17 %) sieht sich gut bis sehr gut abgesichert; unter den Privatversicherten ist dies immerhin bei gut einem Drittel der Fall
- umgekehrt schätzt ein Drittel der gesetzlich Versicherten ihre Versorgung im Pflegefall als schlecht bis sehr schlecht ein; nur 15 % der Privatversicherten sehen das so

Das hinter diesen Zahlen stehende Gefühl der Zweiklassenmedizin befeuert die Unzufriedenheit mit dem bestehenden System: **Fast 80 % aller Befragten sind „eher“ (38 %) oder „in jedem Fall“ (39 %) dafür, für Gesundheit und Pflege eine Bürgerversicherung, also ein gemeinsames System für alle, einzuführen.**

Sind Sie für die Einführung einer Bürgerversicherung?



Abweichungen zu 100% sind rundungsbedingt.



Frage: Die Systeme zur Absicherung bei Krankheit und Pflege sind in Deutschland geteilt: Es gibt gesetzliche und private Kassen bzw. Versicherungen. Sind Sie dafür, einheitliche Systeme für alle zu schaffen („Bürgerversicherung“)?

Bemerkenswert: Selbst unter den Privatversicherten spricht sich insgesamt eine knappe Mehrheit dafür aus. Auch unabhängig von der Parteipräferenz besteht hier große Einigkeit: Beispielsweise sind 81 % der SPD-Anhängerschaft und 71 % der Anhängerschaft von CDU und CSU für ein gemeinsames Versicherungssystem.

Auch bei der Alterssicherung will die große Mehrheit eine gemeinsame Absicherung: Dabei wollen 27 % eine für alle Einwohner*innen verpflichtende Versicherung, während sich 50 % dafür aussprechen, dass alle Erwerbstätigen in einer gemeinsamen verpflichtenden Versicherung sein sollen. Die sehr hohe Zustimmung für derartige verpflichtende Versicherungen ist nicht nur unabhängig von der Parteipräferenz, sondern findet sich auch bei 80 % der Selbstständigen. Da die Befragten, wie gezeigt, mehrheitlich ein Nettoversorgungsniveau von 71,1 % wünschen, geht es hier um eine für alle gleichermaßen gute und auskömmliche Versorgung, statt um Leistungskürzungen.

Aus diesen Befunden folgt eine eindeutige Botschaft an die Politik:

Die bestehenden Sicherungssysteme für Gesundheit, Pflege und Rente werden von den meisten als ungerecht wahrgenommen. Ein größerer Versichertenkreis stabilisiert die Systeme und stärkt das Vertrauen in den Sozialstaat.

5. Lebensnah statt lebensfremd: Die Rente tatsächlich erreichbar machen

Soziale Sicherung muss zum Leben passen, damit sie nicht nur auf dem Papier besteht. Dies gilt auch für den Ruhestand: Ein gutes Rentenniveau hätte kaum einen Wert für das Leben normaler Menschen, wenn sie erst mit über 70 Jahren ohne Abzüge in Rente gehen könnten.

Häufig wird als Antwort auf den demografischen Wandel aber ein Weg in diese Richtung vorgeschlagen: **Die Regelaltersgrenze, heißt es oft, sollte an die Entwicklung der Lebenserwartung gekoppelt werden und damit tendenziell weiter steigen. 74 % lehnen einen solchen Mechanismus allerdings ab**, wobei es kaum Unterschiede zwischen den Altersgruppen gibt.

Für die klare Position der Befragten gibt es einen guten Grund: Sie gehen mehrheitlich davon aus, dass sie schon die bald geltende Altersgrenze von 67 Jahren nicht in der bisherigen Arbeit erreichen können. **Ganze 57,1 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und Minijobber*innen** unter 66 Jahren, die sich eine Schätzung dazu zutrauen, wie lange sie ihren Beruf ausüben können, **glauben höchstens bis zur früheren Grenze von 65 Jahren dazu in der Lage zu sein**.

Mit Blick auf das formale Qualifikationsniveau werden weitere Unterschiede deutlich: Während in dieser Teilgruppe 52,8 % derer mit Hochschulabschluss von weiterer Arbeit bis höchstens 65 ausgehen, sind es unter jenen mit Berufsausbildung bereits 59,8 %.

Mehrheit kann sich nicht vorstellen, über 65 hinaus zu arbeiten

Sozialversicherungspflichtig
und geringfügig Beschäftigte
bis 65 Jahre

57,1 %

▶ darunter Beschäftigte mit
Berufsausbildung



59,8 %

▶ darunter Beschäftigte mit
Hochschulabschluss



52,8 %

Dargestellt ist der Anteil derer, die vermuten, ihren Beruf bis höchstens 65 ausüben zu können (Fallzahl 1.621).



Frage: Wenn Sie genauso weiterarbeiten wie bisher, was glauben Sie, bis zu welchem Alter werden Sie Ihren derzeitigen Beruf / Ihre derzeitige Tätigkeit ausüben können?

Gesetzliche Regelungen und Lebensrealitäten passen also bislang oft nicht zusammen – der Handlungsdruck ist offensichtlich!

Um die nahende „Rente mit 67“ erreichbar zu machen, sind jedenfalls geeignete Brücken gerade für gesundheitlich Belastete zu bauen. Auf weitere Anhebungen der Altersgrenze sollte absehbar verzichtet werden. Gleichzeitig sind die Arbeitgeber am Zug, gerade mit Blick auf die vermeintlich „weichen“ Faktoren. Denn gefragt, was sich im Betrieb ändern müsste, damit sie unter Umständen doch bis zur Altersgrenze arbeiten könnten, verlangten unter den Personen mit skeptischer Einschätzung ihrer zukünftigen Erwerbsfähigkeit ganze 51 % weniger Arbeitsbelastung und Stress, 38 % geeignetere Arbeitszeiten und 32 % ein besseres Betriebsklima, mehr Respekt und bessere Führung.

Das **sozialstaatsradar 2026** macht deutlich: Politik und Unternehmen müssen ihrer Verantwortung gerecht werden, um unverschuldete Nachteile für die Einzelnen zu vermeiden.

Impressum

Herausgeber: Arbeitnehmerkammer Bremen
Bürgerstraße 1
28195 Bremen

Arbeitskammer des Saarlandes
Fritz-Dobisch-Straße 6-8
66111 Saarbrücken

Deutscher Gewerkschaftsbund
Keithstraße 1
10787 Berlin

Mail: info@arbeitnehmerkammer.de | info@soziales.saarland.de | info.bvv@dgb.de

Web: www.arbeitnehmerkammer.de | www.arbeitskammer.de | www.dgb.de

V. i. S. d. P.: Peer Rosenthal, Hauptgeschäftsführer Arbeitnehmerkammer Bremen

Datenanalyse: Dr. Magnus Brosig, Arbeitnehmerkammer Bremen; Dr. Frank Bandau, Arbeitskammer des Saarlandes; Ingo Schäfer, Deutscher Gewerkschaftsbund

Umfrageinstitut: Umfragezentrum Bonn (uzbonn GmbH)

Redaktion: Agentur LAUT UND DEUTLICH GmbH

Gestaltung: Agentur LAUT UND DEUTLICH GmbH

Der Nachdruck von Texten und Grafiken ist nur mit Quellenangabe gestattet.

Berlin, April 2026



**Arbeitskammer
des Saarlandes**
Beraten. Bilden. Forschen.

